

40 Jahre
DONAU
ZEITUNG
4 Jahrzehnte Partner des Bürgers und der heimischen Wirtschaft
Donau Zeitung
Zum Kriegsgefangenen-Gedenktag
Donau-Zeitung
Bonn hofft jetzt auf Rückkehr Schäubles
Bernauer Straße
Unter-
magerbein
Burg
Hochdf.
Tuifstädt
Ober-
ringingen
Fronhofen
Göllingen
Stillnau
Unter-
Zoltingen
Leiheim
Thalheim
Diemantstein
Buggenhfn.
Bissingen
Kömertshof
Warnhfn.
Hochstein
Unter
bissingen
Kessel
ostheim
Liezheimer
Gaishardt
Ober-
liezheim
Unter-
Forst
543
Zöschingen
Wagenhofen
Demmingen
Berghausen
Wolpertstetten
Altenberg
Unter-
Datten
hausen
finningen
Schwenningen
Tapfheim
Schwennenbach
Ball-
hausen
Burghagel
Ziertheim
Ober
Unter-
Lands-
Mödingen
Lutzingen
Ober
glauheim
407
Gremheim
Kloster
Mödingen
Bergheim
Bachhagel
Ober-
bechingen
Wittislingen
Mörslingen
16
Blindheim
Sonderheim
Unter-
Zöschingsweiler
Schabringen
Deisenhfn.
HÖCHSTÄDT
a.d. Donau
Frauen-
riedhausen-
Veit-
433
Schretzhm.
Steinheim
Donaualtheim
Hausen
LAUINGEN
(Donau)
DILLINGEN
a.d. Donau
Kicklin
Echenbrunn
Faimingen
GUNDELFINGEN
a.d. Donau
Fristingen
Heimeringen
426
Katharinenhof
D
o
n
a
u
Peterswörth
Eppisburg
Aislingen
Weisingen
Holzheim
437
500
Rieder
Weiler
Glött
Altenbaindt
Ellerbach
Windhausen
Heudorf
Faltenbach
Bf. Neuoffingen
Baumgarten
Waldkirch
Weisinger
Forst
Verlagsbeilage der DONAU ZEITUNG
vom 23. 10. 1990/Nr. 244
und der DONAU-RUNDSCHAU
vom 25. 10. 1990/Nr. 43

DONAU 40 JAHRE ZEITUNG

1950 1990


Die Donau-Zeitung erscheint jeden Montag Mittwoch und Freitag. Verlagsgeschäftsstelle Dillingen, Königstraße 45, Fernruf Nr. 204. Redaktion Große Allee Nr. 20, Fernruf Nr. 258. Geschäftsstelle in Lauingen: Buchdruckerei Kletter, Marktplatz, Fernruf Nr. 65, Gundelfingen: E. Knoch, Obermedlinger Straße, und Höchstädt: Buchdruckerei Roch, Marktplatz, Fernruf Nr. 12. Annahme von Anzeigen und Bezugsbestellungen: Montag mit Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr. Anzeigen-Annahme und Bezugsbestellungen auch durch sämtliche Agenturen.

Donau Zeitung

für Stadt- und Landkreis Dillingen, sowie die Städte Lauingen, Gundelfingen und Höchstädt

PREIS 20 PFENNIG

HEIMATBLATT DER SCHWÄBISCHEN LANDESZEITUNG UNABHÄNGIGES DEUTSCHES ORGAN FÜR POLITIK WIRTSCHAFT · KULTUR · SPORT

Ab 1. November viermal wöchentlich

Nummer 127 · 6. Jahrgang · Montag, 23 Oktober 1950

Kurze Arbeitsruhe und Verkehrsstille am 26. Oktober:

Zum Kriegsgefangenen-Gedenktag

Memorandum der Bundesregierung an die UNO — Heuß und Adenauer im Rundfunk

Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat den Vereinten Nationen ein Memorandum zugeleitet, das der UN-Vollversammlung als Unterlage dienen soll, wenn in Lake Success die Kriegsgefangenenfrage behandelt wird. Seit der Registrierung der Kriegsgefangenen im März dieses Jahres sind 12 834 Kriegsgefangene und Zivilinternierte aus der Sowjetunion in das Bundesgebiet zurückgekehrt. Es sei aber festgestellt worden daß die Zahl der noch von der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen auch unter Berücksichtigung der inzwischen Heimgekehrten noch ein Mehrfaches der Zahl betrage, die von der sowjetischen Regierung seinerzeit offiziell bekanntgegeben wurde. Die Ergebnisse der deutschen Feststellungen seien in dem Memorandum an die UN niedergelegt worden. Am 26. Oktober, dem Tage der Kriegsgefangenen, soll in allen Betrieben des Bundesgebietes mittags um 12 Uhr für kurze Zeit die Arbeit ruhen. Auch der gesamte Verkehr soll für einige Minuten stillstehen. Die Glocken aller evangelischen und katholischen Kirchen werden zum Gedenken an die Kriegsgefangenen 10 Minuten läuten. Die Filmtheater im Bundesgebiet und Westberlins werden vierzehn Tage lang vor Beginn jeder Vorstellung auf das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen hinweisen. Das Bundesvertriebenenministerium hat ferner in einem Brief an den Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermißtenangehörigen mitgeteilt, daß zum „Tag der deutschen Kriegsgefangenen" am 26. Oktober eine Gedenkrede des Bundespräsidenten Professor Heuß über alle Sender und eine Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer geplant ist.

Freiheitsglocke in Berlin

Berlin (dpa). Die Freiheitsglocke ist am Samstagvormittag in Berlin eingetroffen. Nach ihrer Rundreise durch die Vereinigten Staaten war sie am Freitagmorgen an Bord des amerikanischen Transporters „General R. M. Blatchford" in Bremerhaven angekommen und nach Berlin verladen worden. Sie wird auf dem Turm des Rathauses Schöneberg, in dem jetzt die gesetzgebenden Körperschaften Berlins tagen, ihren Platz finden und am kommenden Dienstag mit feierlichem Einläuten vom Vorsitzenden des amerikanischen Freiheitsausschusses und früheren amerikanischen Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, in die Obhut der Berliner Bürger gegeben werden.

Kirchenglocken läuten nicht

Hamburg (dpa). Die Freiheitsglocke, die am Dienstag auf dem Turm des Schöneberger Rathauses in Berlin eingeläutet werden soll, wird dabei nicht, wie ursprünglich vorgesehen, von dem Geläut der Glocken aller Kirchen in der Bundesrepublik und in Westberlin begleitet werden. Mit einer Ausnahme haben es die Kirchenleitungen abgelehnt, die Glocken aus diesem Anlaß läuten zu lassen, nur in der Diözese Fulda werden die Glocken der katholischen Kirchen in das Läuten der Freiheitsglocke einstimmen. Der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland steht auf dem Standpunkt, daß die Kirchenglocken nur zum Gebet und wie Präsident Brunotte in Hannover sagte, nicht aus demonstrativen Gründen läuten sollen

Annäherung Ost—West

New York. Die Vereinigten Staaten haben sich laut dpa zu Großmächte-Verhandlungen über die schwebenden internationalen Probleme bereit erklärt. Als im politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung eine syrisch-irakische Entschließung für ein Treffen der fünf Großmächte zur Sprache kam, sagte der US-Delegierte John Foster Dulles, „wir sind bereit mitzumachen. Die Tür ist offen. Meine Regierung ist jedenfalls bereit, einer Empfehlung zuzustimmen, daß solche Verhandlungen stattfinden" Der britische Delegierte Kenneth Younger erklärte, daß Großbritannien „seit jeher bereit ist, sich an Verhandlungen der genannten Art zu beteiligen" Der Hauptdelegierte Frankreichs, Maurice Schuman, sagte, der syrisch-irakische Vorschlag müsse mit größtem Wohlwollen behandelt werden. Der Ausschuß billigte den Entschließungsentwurf für das Treffen der im Sicherheitsrat vertretenen fünf Großmächte — USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und Nationalchina — einstimmig. Vorher hatte der sowjetische Delegierte Wyschinski versucht, die chinesische Volksrepublik als ständiges Sicherheitsratmitglied anerkennen zu lassen. Als sich die Mehrheit des Ausschusses dagegen aussprach, zuckte Wyschinski mit den Schultern und gab seine Ja-Stimme ab. UP zufolge gab die Sowjetunion auch ihr Einverständnis dafür, mit den Vereinigten Staaten über die Möglichkeiten des Abschlusses eines Friedensvertrages für Japan zu verhandeln. Auch im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO gab der sowjetische UNO-Vertreter überraschend die Bereitschaft Moskaus bekannt, am Wiederaufbau Koreas mitzuarbeiten. Er stellte die Bedingung, daß die Koreahilfe nicht als Vorwand für eine politische Einmischung in dieses Land benützt werden darf und daß der Wiederaufbauplan unter aktiver Beteiligung koreanischer Vertreter ausgearbeitet werden müsse. Weiter hat der sowjetische UNO-Delegierte Jakob Malik vor einer amerikanischen Frauenvereinigung am Samstag erklärt, daß die Sowjetunion jeden Versuch begrüßen würde, die Differenzen zwischen Ost und West friedlich auszuräumen. Ein Sprecher der von Malik empfangenen Abordnung erklärte später, Malik habe sich für eine Round-Table-Konferenz der interessierten Mächte ausgesprochen. Wie bereits in unserer letzten Ausgabe berichtet, billigte der politische Ausschuß der UNO den sogenannten Acheson-Plan zur Stärkung der Vollversammlung mit 50 gegen fünf Stimmen, der in der kommenden Woche von der Vollversammlung behandelt wird und mit demselben Ergebnis angenommen werden dürfte.

Syngman Rhee gegen UNO

Tokio. Südkoreanische Truppen erreichten laut UP am Sonntag die Stadt Puktschong, etwa 50 km nordöstlich Hamkung an der Ostküste Koreas. Auch nördlich Pjoengjang, das nunmehr fest in der Hand der Amerikaner ist, haben die Südkoreaner einen Punkt erreicht, der nur 100 km von der mandschurischen Grenze entfernt ist. Die Ueberreste der zerschlagenen nordkoreanischen Einheiten fluten auf den Grenzfluß Jalu zurück. Bereits am Freitag wurde ein Regiment amerikanischer Fallschirmjäger 40 km nördlich Pjoengjang abgesetzt, um den Kommunisten den Weg abzuschneiden. General MacArthur erklärte, der Korea-Krieg werde sehr bald zu Ende sein. Eine zweite Fallschirmjäger-Aktion wurde bei Suktschon durchgeführt. Die nordkoreanische Regierung hat ihren Sitz an die mandschurische Grenze verlegt. Syngman Rhee, der südkoreanische Staatspräsident, erklärte, seine Regierung habe die Absicht, ihre Autorität ohne Einmischung der Vereinten Nationen oder anderer Stellen auf Nordkorea auszudehnen. Die Mitarbeit der UNO solle beratend bleiben.

Schwaben schlug Offenbach 3:2

BCA unterlag 1860 mit 1:5, Mühlburg verliert in Neckarau 2:3

*

Bayern München erreichte gegen Reutlingen nur ein 2:2

*

Dr. Bauwens wieder zum Vorsitzenden des Deutschen Fußballbundes gewählt

*

Frauen-Schwimmweltrekord in Budapest über 200 Meter Brust in 2:48,8 Minuten

*

Der Deutsche Alpenverein wiedergegründet

Haben Sie richtig getippt?

Spiel	Ergebnis	Tipp
VfL Neckarau — VfB Mühlburg	3:2	(1)
Eintr. Frankf. — VfR Mannheim	3:2	(1)
BC Augsburg — 1860 München	1:5	(2)
VfB Stuttgart — FSV Frankfurt	5:1	(1)
1. FC Nürnberg — Schweinfurt 05	4:2	(1)
Offb. Kickers — Schwaben Augsb.	2:3	(2)
Fortuna Düsseldorf — Schalke 04	2:3	(2)
FC Kaiserslautern — Pirmasens	6:1	(1)
Werder Bremen—Etr. Braunschw.	2:0	(1)
Holstein Kiel — Conc. Hamburg	2:1	(1)
Ulm 46 — Wacker München	2:0	(1)
TSV Straubing — Stuttg. Kickers	1:2	(2)
VfL Konstanz — Bayern Hof	0:4	(2)
SV Wiesbaden—Vikt. Aschaffenb.	1:2	(2)

Württemberg-Baden

1—1—1—2—2—1—1—2—1—2—2—1—0—2

Hessen-Toto

2—1—1—1—1—1—0—2—2—2—0—2—1—0

Sport-Toto Rheinland-Pfalz

1—1—2—1—2—0—1—1—1—1—2—1—2—0

Bundesfinanzhof in München

München (UP). Im Beisein von Bundespräsident Professor Theodor Heuß wurde am Samstag in München der neuerrichtete Bundesfinanzhof mit einem Festakt eingeweiht. Bundesfinanzminister Fritz Schäffer wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung des Bundesfinanzhofes als oberstes Bundesgericht für das Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit hin. Der Bundesfinanzhof übernehme nunmehr alle Aufgaben, die früher der Reichsfinanzhof inne hatte und die in der Wahrung der Einheitlichkeit in der Steuerrechtsprechung bestanden. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident, Justizminister Dr. Josef Müller, und der Oberbürgermeister von München, Thomas Wimmer, gaben in ihren Ansprachen ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß es München vorbehalten blieb, die große Tradition des Reichsfinanzhofs zunächst durch den obersten Finanzgerichtshof und nunmehr durch den Bundesfinanzhof fortzusetzen. Dr. Heinrich Schmittmann, der Präsident des Bundesfinanzhofes, gab einen längeren Ueberblick über die Entwicklung der Finanzgerichtsbarkeit in Deutschland. „Gebe Gott", so schloß er seine Antrittsrede, „daß die Richter des Bundesfinanzhofes auf die Frage des richtenden Engels mit dem Flammenschwert die stolze Antwort geben können, ich habe nur dem Recht und niemand anderem als dem Recht gedient.

*

Der Bundespräsident hat auf Vorschlag des Bundesjustizministers folgende Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe ernannt: Dr. Werner Birnbach (bisher Oberlandesgerichtsrat in München), Dr. Helmuth Delbrück (bisher Richter beim Obersten Gerichtshof), Dr. Karl Hertel (Reichsgerichtsrat a. D.), Dr. Carl Kirchner (Reichsanwalt a. D.), Dr. Fritz Lindenmaier (Oberlandesgerichtsrat i. R.) und August Schäfer (bisher Landgerichtspräsident in Hof).

Heuß eröffnet den Bundesfinanzhof in München
In München fand die feierliche Eröffnung des Bundesfinanzhofes durch Bundespräsidenten Prof. Theodor Heuß statt. Unser Bild zeigt: v. l. n. r. Bundes-Finanzminister Schäffer, Prof. Heuß, Justizminister Dr. Müller und den Präsidenten des Bundesfinanzhofes Dr. Heinrich Schmittmann. Keystone-Bild

Konferenz der Ostblock-Staaten in Prag

Vier Forderungen an die Westmächte — New Yorker Beschlüsse im Mittelpunkt der Gespräche — Molotow bei Gottwald

Prag. Eine Konferenz der „Volksdemokratien" über „den Beschluß der drei westlichen Außenminister in New York, die deutsche Bundesrepublik wieder aufzurüsten" fand laut dpa auf Anregung der Sowjetunion in Prag statt. An den Besprechungen nahmen neben dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Molotow sämtliche Außenminister der Ostblockstaaten teil. Die Sowjetzonenrepublik war durch Außenminister Dertinger vertreten. Als Ergebnis der Besprechungen wurden vier Forderungen an die Westmächte gestellt, die als Voraussetzung für die Errichtung eines „geeinten, friedliebenden und demokratischen Deutschlands" bezeichnet werden. Die Forderungen sind: Keine Remilitarisierung, Aufhebung aller Beschränkungen für die deutsche Friedenswirtschaft, unverzüglicher Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr später, sowie Bildung eines konstituierenden gesamtdeutschen Rates auf paritätischer Grundlage zwischen Ost und West, der die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung vorbereiten soll. Molotow stattete laut UP dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Gottwald einen Besuch ab. In Londoner Kreisen wird diese Konferenz der Kominformstaaten als weiterer Versuch der Kommunisten angesehen, eine Einigung der Westmächte über die deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern. Vor allem solle damit die französische Oeffentlichkeit beeinflußt werden. Die vier Forderungen der Ostblockstaaten werden als „plumpe Manöver" bezeichnet, da alle echten Versuche zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland immer wieder am Widerstand der Sowjetunion gescheitert sind. Westalliierte Beobachter in Berlin erwarten als tatsächliches Endergebnis der Prager Ostblock-Konferenz eine Sicherheitsdemonstration für die Kominformstaaten, in die möglicherweise auch die Sowjetzone einbezogen werden kann.

Neue Bedenken Frankreichs

Paris. Nach langwierigen Auseinandersetzungen über die Art, wie das Problem einer Aufrüstung der Bundesrepublik in der französischen Kammer behandelt werden soll, haben sich laut dpa die französische Regierung und die Parteien geeinigt, am Dienstag mit der Parlamentsdebatte über diese Frage zu beginnen. Ministerpräsident Pleven wollte es ursprünglich vermeiden, die Aufrüstungsfrage als selbständigen Punkt in der Tagesordnung aufnehmen zu lassen, um eine Abstimmung hierüber zu verhindern. Er mußte sich jedoch dem Druck vor allem der Sozialisten unterordnen. Durch diese Abstimmung kann nunmehr eine vorausgehende Festlegung bei den kommenden Verhandlungen mit den USA kaum vermieden werden. Das französische Kabinett hat inzwischen eine Regierungserklärung zum deutschen Aufrüstungsprogramm ausgearbeitet, das der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Gemäß UP sprach sich General de Gaulle auf einer Massenkundgebung in Paris erneut für die Einbeziehung deutscher Truppenkontingente in eine gemeinsame europäische Verteidigungsstreitmacht aus. Er forderte die Aufstellung eines starken französischen Heeres von 40 Divisionen, den Bau von 5000 Flugzeugen und von Kriegsschiffen mit einer Gesamttonnage von 350 000 Tonnen. Die Bedenken Frankreichs gegen eine Aufrüstung der Bundesrepublik haben nach Darstellung politischer Kreise in Paris nach dem sowjetischen Protest gegen die „Remilitarisierung der Bundesrepublik" neue Auftriebe erhalten Frankreich möchte auf jeden Fall vermeiden, daß der Kontakt zum Kreml völlig abreißt.

Sowjetprotest gegen Bundespolizei

Moskau. Die Sowjetunion hat laut dpa in einer Note an die drei Westmächte erklärt, sie werde die Maßnahmen der Regierung der USA, Großbritanniens und Frankreichs zur Wiederaufstellung einer regulären deutschen Armee in Westdeutschland nicht dulden. In der gleichen Note hatte die Sowjetunion die Vorwürfe der drei Westmächte zurückgewiesen, daß die Volkspolizei der Sowjetzone eine militärische Einheit sei. Amerikanische Regierungsbeamte sagten, trotz der sowjetischen Note werde die Politik der USA gegenüber Westdeutschland kaum geändert werden. US-Außenminister Acheson wies UP zufolge die in der Note enthaltene sowjetische Behauptung, die in der Bundesrepublik gebildeten Polizeiverstärkungen seien militärische Streitkräfte, energisch zurück. Auch Beamte des britischen Außenministeriums erklärten, Großbritannien habe „unwiderlegbare Beweise" für den militärischen Charakter der Volkspolizei in der Ostzone. Diese seien mit Panzern und Artillerie ausgerüstet. 200 000 Mann Volkspolizei in der Ostzone stünden nur 90 000 Polizisten in der Bundesrepublik gegenüber. Darüber hinaus habe die New Yorker Konferenz die Aufstellung einer motorisierten Polizeitruppe in Stärke von 35 000 Mann genehmigt, die zwei Drittel Deutschlands kontrollieren.

Alpdruck der Koalitionen

Von Augustus

Vier Beamte vom Präsidium der Bayerischen Landpolizei haben in Münchens Königinstraße 17 alle Hände voll zu tun, um die mündlichen und schriftlichen Meldungen zu den Kompanien und Bataillonen der Bereitschaftspolizei wenigstens zu registrieren. Das Haus nebenan ist in Vergessenheit geraten, — es ist das Dienstgebäude des Ministers für die politische Befreiung, in dem Heinrich Schmitt, Anton Pfeiffer, Alfred Loritz und Ludwig Hagenauer residierten, nach dessen Tod der Nürnberger Landgerichtspräsident Camill Sachs als Staatssekretär das mit Pauken und Trompeten unterzeichnete Gesetz vom 5. 3. 1946 — zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus — liquidiert. Er tut es heute noch, wenn man auch bereits nebenan wieder kurz und stramm meldet. Was könnte die Wandlungen deutscher Innenpolitik deutlicher machen als diese Nachbarschaft! Während der amerikanische Regisseur Anatole Litvak, berühmt geworden durch seinen Film „Schlangengrube", in München seinen neuen Streifen „Legion der Verdammten" abdreht und noch einmal die apokalyptischen Bilder des Frühjahrs 1945 beschwört, rechnen heute bereits die amerikanischen Generalstäbler mit den deutschen Divisionen, an deren Aufstellung im Laufe des nächsten Halbjahres niemand mehr zweifelt. Daran wird auch die große Zurückhaltung, welche die SPD und auch weite Kreise in der CDU/CSU üben, nichts ändern. Der Bundeskanzler sagt Polizei und meint Wehrmacht; an dieser Begriffsverwirrung ist Dr Heinemann gescheitert, an ihr schien auch die letzte Ministerpräsidentenkonferenz zu scheitern, — wenn nicht der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard in Abwesenheit des Kanzlers eine Uebereinkunft der Innenminister erzielt und die Einsetzung von Fachausschüssen für die Beratung der Polizeifrage erreicht hätte, die in diesen Tagen ihre Arbeit zum Abschluß bringen. Dr. Adenauer kennt weder Kaserne noch Krieg; seine Initiative in der deutschen und europäischen Sicherheitsfrage entspringt nicht nur seiner Beurteilung der weltpolitischen Situation, sondern seinem, ihm zu einem persönlichen Anliegen gewordenen Wunsch, auf diesem Weg zur vollen Souveränität der Bundesrepublik zu gelangen, weshalb sein auf dem Petersberg meist nicht ausgesprochenes ceterum censeo lautet: die Hohen Kommissare möglichst bald als „Botschafter" ansprechen zu können.

Bekanntlich ist man in Bayern gegenüber dem Ruf nach Waffen zurückhaltend. Der Grund ist ohne Zweifel ein zweifacher: ein innen- und außenpolitischer. Versucht man das außenpolitische Für und Wider gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands abzuwägen, so muß man zunächst eine Analyse der letzten 20 oder 30 Jahre der europäischen Entwicklung geben Nur aus der europäischen Verstrickung, die am 1. August 1914 begann und den alten Kontinent immer tiefer in eine politische Krise führte, kann man die Gründe verstehen, die heute eine Reihe von Politikern und Publizisten veranlassen, den Fragen der Remilitarisierung zumindest abwartend gegenüber zu stehen. Wer selbst das Grauen des Krieges in seinem Höhepunkt, in der Schlacht von Stalingrad erlebt hat, der billigt diese Gründe aus ganzem Herzen. Er wird, zusammen mit der ganzen dezimierten Kriegsgeneration, eine Wiederaufrüstung Deutschlands nur als ultima ratio betrachten, wobei aber die Zweifel, ob die deutschen Divisionen das Allheilmittel für die europäische Rettung seien, nicht gebannt werden können Was die deutschen Politiker, von Dr. Ehard bis Dr. Schumacher, in abgestufter Form zu einer abwehrenden Haltung veranlaßt, sind innenpolitische Bedenken. Nur mit Sorge verfolgten politische Beobachter die Renazifizierung in dem im Aufbau befindlichen diplomatischen Dienst der Bundesrepublik, die bereits solche Formen angenommen hat, daß selbst der im Sinne Dr Adenauers linientreue „Rheinische Merkur" (Nr 42 vom 14. Oktober 1950: Bundesrat und Außenpolitik) warnend seine Stimme erhebt und die scharfen Worte wiederholt, die ein Mitglied der Regierungspartei, der CDU-Abgeordnete Dr. Weber vor dem Bundestag sprach. Die Neffen, Vettern, Freunde und Adjudanten Ribbentrops, den bereits Göring einen dummen und eitlen Trottel nannte, den mit dem Marschallstab zu verprügeln er jederzeit bereit war, sind zurückgekehrt und schicken sich an, deutsche Außenpolitik zu machen, so wie sie ihr Herr und Meister vorexerziert hat. Die Italiener schlugen die Hände überm Kopf zusammen als sie erfuhren, wie das Personal des deutschen Generalkonsulats ausschaut. Jene BDM- und NS-Frauenschafts-Mädchen, die bis 1945 an der deutschen Botschaft beschäftigt und von 1945 bis 1950 in Rom vom Schwarzen Markt und von den Geschenken ihrer rasch wechselnden Freunde lebten, sind ausersehen, am Generalkonsulat tätig zu sein Es ist ohne Zweifel Gefahr im Verzuge! Wenn die Beschwörungen seiner eigenen Partei dem Bundeskanzler nicht die Augen öffnen, dann kann — um mit den Worten des „Rheinischen Merkur" zu sprechen — der Weg der eben begonnenen Außenpolitik zum Verhängnis werden. Die zweite innenpolitische Gefahr in der Bundesrepublik ist der Aufbau einer starken Polizeimacht und die wohl nicht mehr aufzuhaltende Aufstellung deutscher Divisionen. Die Bundesrepublik ist weder politisch noch verwaltungsmäßig so erstarkt, um unbesorgt eine neue innenpolitische Macht erstehen sehen zu können. Die Führer der Bereitschaftspolizei und die Kommandeure der neuen Divisionen sind keine politische Neutra: in ihnen werden ein neuer Seeckt und ein neuer Schleicher heranwachsen, die zunächst gegenüber den Politikern en civil sehr servil sein werden, bis sie die Stunde für gekommen halten, um die Macht selbst zu übernehmen Die Reichswehr, vereidigt auf die Weimarer Verfassung, die zu